



Niederschrift

Wirtschaftsausschuss

19. Wahlperiode - 69. Sitzung

am Mittwoch, dem 15. September 2021, 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzender
Hartmut Hamerich (CDU)	
Andreas Hein (CDU)	
Klaus Jensen (CDU)	
Peer Knöfler (CDU)	i. V. von Lukas Kilian
Thomas Hölck (SPD)	
Kerstin Metzner (SPD)	
Kai Vogel (SPD)	
Joschka Knuth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Kay Richert (FDP)	
Jette Waldinger-Thiering (SSW)	i. V. von Christian Dirschauer

Weitere Abgeordnete

Beate Raudies (SPD)
Volker Schnurrbusch (Zusammenschluss AfD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Bericht der Landesregierung zum aktuellen Gutachten zur Elektrifizierung der Marschbahn	4
	Antrag des Abg. Christian Dirschauer (SSW) Umdruck 19/6273	
2.	ÖPNV-Rettungsschirm: Bereitstellung des Landesanteils in Höhe von 193 Millionen € aus den Corona-Notkrediten Vorlage des Wirtschaftsministeriums, Umdruck 19/6247	7
	Antrag des Abg. Kai Vogel (SPD) Umdruck 19/6278	
3.	Umschichtung von Mitteln aus den Corona-Darlehens- und Beteiligungsprogrammen (Mittelstandssicherungsfonds und Härtefallfonds) zugunsten des ÖPNV-Rettungsschirms und für erforderliche Abwicklungskosten der Corona-Hilfsprogramme Wirtschaft Vorlage des Wirtschaftsministeriums, Umdruck 19/6248	7
	Antrag des Abg. Kai Vogel (SPD) Umdruck 19/6278	
4.	Gender-Budgeting-Kriterien bei der Umsetzung der EU-Förderprogramme in Schleswig-Holstein stärker berücksichtigen	9
	Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2965 (neu)	
5.	Landesweit kostenloses freies WLAN	10
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/2854	
6.	Schriftlicher Bericht zur Rohstoff- und Baumaterialversorgung in der Bauindustrie und dem Bauhandwerk und Auswirkungen auf die schleswig-holsteinische Wirtschaft	11
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3177	
7.	Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“	12
	Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3062	
8.	Verschiedenes	13

Der Vorsitzende Dr. Tietze eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Auf Antrag des Abg. Vogel beschließt der Ausschuss, die Tagesordnungspunkte 2 ([Umdruck 19/6247](#)) und 3 ([Umdruck 19/6248](#)) in verbundener Debatte zu behandeln. Ansonsten wird die Tagesordnung in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. Bericht der Landesregierung zum aktuellen Gutachten zur Elektrifizierung der Marschbahn

Antrag des Abg. Christian Dirschauer (SSW)
[Umdruck 19/6273](#)

Herr Dr. Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, führt in das Sachverständigengutachten zur technischen Machbarkeit und Umsetzung eines Autozugtransports auf einer elektrifizierten Strecke mit Fahrdrabt auf der Bahnstrecke Niebüll–Westerland ein. Er sagt zu, dem Ausschuss das Gutachten zur Verfügung zu stellen ([Umdruck 19/6317](#)).

Minister Dr. Buchholz stellt fest, dass es bei diesem Vorhaben eine Reihe von Hindernissen zu überwinden gelte. Er betont, dass er diese für überwindbar und das Projekt für technisch machbar und wirtschaftlich realisierbar halte. Es handle sich um ein von allen Parteien gewolltes, politisch unterstütztes Verfahren. Die Elektrifizierung der Marschbahn sei vor diesem Hintergrund konsequent voranzutreiben. Durch Anwendung der Regelungen des Investitionsbeschleunigungsgesetzes könnten große Teile der Strecke in einem beschleunigten Verfahren, das ohne Planungsfeststellungsbeschluss auskomme, bereits in etwa fünf Jahren elektrifiziert worden sein. Dafür müsse eine Vorprüfung zu dem Schluss kommen, dass für einen bestimmten Streckenabschnitt eine Umweltverträglichkeitsprüfung verzichtbar sei. Dies sei etwa auf der Strecke zwischen Itzehoe und Niebüll der Fall, weil es dort keine Flora-Fauna-Habitat-Gebiete gebe. Für jene Streckenabschnitte, für die eine Umweltverträglichkeitsprüfung und damit ein Planungsfeststellungsverfahren erforderlich sei, müsse dagegen mit zehn Jahren bis zur Elektrifizierung kalkuliert werden. Dies betreffe voraussichtlich die Trasse über den Hindenburgdamm, denn die Eingriffe in die Natur durch Anbringung des Fahrdrabtes seien gravierend. Mit dem Eisenbahn-Bundesamt stehe das Verkehrsministerium zu diesen Fragen bereits im Gespräch.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Tietze antwortet Minister Dr. Buchholz, aktuell gebe es keine Lokomotive, die durch Wasserstoff angetrieben werde, deren Zugkraft ausreiche, um einen Autozug über den Hindenburgdamm nach Sylt zu ziehen. Auch batterieelektrisch betriebene Zugfahrzeuge kämen dafür derzeit nicht in Betracht. Zudem sei es technisch nicht möglich, Teile des Zuges abzukoppeln. Lediglich eine Oberleitung mit dazugehörigem Zugfahrzeug stelle sicher, dass eine ökologisch und ökonomisch umsetzbare Lösung realisiert werden könne.

Er informiert darüber, dass Waggonen mit Blechdach, wie sie bereits in Österreich zum Einsatz kämen, auch hierzulande eine Zulassung besäßen.

Auf weitere Fragen des Abg. Vogel wiederholt Minister Dr. Buchholz, dass der Streckenabschnitt über den Hindenburgdamm sehr wahrscheinlich eines Planfeststellungsverfahrens bedürfe. Durch das Spannen des Drahtes der Oberleitung entstünden Einschränkungen für den Vogelflug.

Bezugnehmend auf eine Frage der Abg. Raudies bestätigt Minister Dr. Buchholz, dass es coronabedingt zu einem Rückstau in den Planungsbüros gekommen sei. Jene Projekte, die das Verkehrsministerium als prioritär einstufe, seien – neben der Elektrifizierung der Marschbahn – die Realisierung der S 4 West und, falls erforderlich, weitere Planungsarbeiten für die Fehmarnbelt-Querung. Daraus resultiere, dass andere Projekte, wie die Wiederbelebung der Zugverbindung Hein Schönberg, gegebenenfalls zurückgestellt würden. Vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels könnten nicht alle Projekte zeitgleich vorangetrieben werden. Allein beim Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein könnten aktuell 80 Stellen für Ingenieure besetzt werden.

Auf eine Frage der Abg. Waldinger-Thiering betont Minister Dr. Buchholz, dass er bezüglich der Planung zur Elektrifizierung der Marschbahn in einem engen Austausch mit Umweltminister Albrecht stehe. Es sei wichtig, zeitnah in das beschleunigte Verfahren einzutreten und mit der Vorprüfung zu beginnen. Die Chance einer Beschleunigung müsse ergriffen werden.

Zu Nachfragen des Abg. Vogel erklärt der Verkehrsminister, die Kosten, die in diesem Zusammenhang aktuell entstünden, würden aus Regionalisierungsmitteln bestritten. Es sei nicht erforderlich, für die laufenden allgemeinen Planungsmaßnahmen Gelder über den Haushalt bereitzustellen. Erst im Anschluss an die Vorerörterungen, werde ein zeitlicher Horizont absehbar, sobald Anträge nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz gestellt würden. Um

diese auszuarbeiten, sei es nun erforderlich, Gespräche mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zu führen. Der Bundestaatssekretär für Verkehr, Enak Ferlemann, habe Minister Dr. Buchholz gegenüber bereits zugesagt, dass er 90 Prozent der Mittel im Rahmen einer Förderung zur Verfügung stellen wolle.

Auf eine weitere Frage des Abg. Vogel erklärt der Minister, es obliege den Unternehmen Deutsche Bahn Sylt Shuttle und der RDC Deutschland GmbH, die zu der Oberleitung passenden Fahrzeuge bereitzustellen, sobald der Ausbau erfolgt sei. Die neu angeschafften BEMU-Züge eigneten sich nicht für die Strecke, weil diese dem Fernverkehr zuzurechnen sei. Diese Batteriezüge kämen auf nicht elektrifizierten sowie teilelektrifizierten Strecken ausschließlich des Schienenpersonennahverkehrs zum Einsatz.

Auf eine Frage des Abg. Hölck erklärt Minister Dr. Buchholz, das vorliegende Gutachten gebe keine Auskunft darüber, inwieweit eine erhöhte Windanfälligkeit der Autozüge, die künftig auf der Strecke zum Einsatz kommen könnten, gegebenenfalls dazu führe, dass potentiell mehr Züge windbedingt ausfielen.

Bezugnehmend auf Fragen des Abg. Dr. Tietze antwortet Minister Dr. Buchholz, dass eine Bürgerbeteiligung nicht vorgesehen sei. Zunächst müsse geklärt werden, ob eine solche gesetzlich überhaupt möglich sei. Grundsätzlich begrüße er die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger der Kreise Steinburg, Nordfriesland und Dithmarschen, um mögliche Fallstricke zu erkennen und im Vorfeld zu lösen. Grundsätzlich herrsche selbst unter Naturschützern hinsichtlich der geplanten Elektrifizierung der Marschbahn große Offenheit. Der Einsatz von Strom statt Diesel für den Betrieb der Züge auf der Strecke spare nicht nur Geld, sondern zusätzlich etwa 70.000 t CO₂ an Emissionen ein.

2. **ÖPNV-Rettungsschirm: Bereitstellung des Landesanteils in Höhe von 193 Millionen € aus den Corona-Notkrediten**
Vorlage des Wirtschaftsministeriums, [Umdruck 19/6247](#)

Antrag des Abg. Kai Vogel (SPD)
[Umdruck 19/6278](#)

3. **Umschichtung von Mitteln aus den Corona-Darlehens- und Beteiligungsprogrammen (Mittelstandssicherungsfonds und Härtefallfonds) zugunsten des ÖPNV-Rettungsschirms und für erforderliche Abwicklungskosten der Corona-Hilfsprogramme Wirtschaft**
Vorlage des Wirtschaftsministeriums, [Umdruck 19/6248](#)

Antrag des Abg. Kai Vogel (SPD)
[Umdruck 19/6278](#)

hierzu: [Umdruck 6349](#) (nicht öffentlich), [Umdruck 19/6350](#), [Umdruck 19/6586](#)

Auf Antrag des Abg. Vogel werden die Tagesordnungspunkte 2 und 3 in verbundener Debatte behandelt. Er kritisiert, dass er die Befassung des Wirtschaftsausschusses mit den beiden Vorlagen mittels eines Antrags auf Selbstbefassung habe ausdrücklich anstoßen müssen. Der Vorsitzende habe ebenfalls beide Umdrucke zur Kenntnis erhalten und hätte diese nach seiner Auffassung automatisch auf die Tagesordnung setzen sollen. Bereits am 30. August 2021 seien die Umdrucke eingegangen, die sich mit einem Volumen von insgesamt etwa 200 Millionen € befassen. Der Finanzausschuss habe bereits über die Vorlagen beraten.

Abg. Vogel weist darauf hin, dass bei der Befassung des Finanzausschusses mit dem Thema vonseiten der Landesregierung Druck auf die Ausschussmitglieder dahingehend ausgeübt worden sei, schnell zu einer positiven Entscheidung zu kommen. In einem Anschreiben an den Landtag, habe Herr Dr. Beck, Geschäftsführer der NAH.SH GmbH, angekündigt, bei einem Ausbleiben von Ausgleichszahlungen für das Jahr 2021 einige wichtige Bahnverbindungen zeitnah nicht mehr bedienen zu können. Abg. Vogel fordert das Ministerium dazu auf, eine Liste beizubringen, die darüber Aufschluss gebe, welche Verkehrsbetriebe bereits wann Mittel in welcher Höhe ausgezahlt bekommen hätten.

Bezugnehmend auf eine Frage des Abg. Vogel betont Minister Dr. Buchholz, freiwerdende Mittel, wie etwa in diesem Fall die nicht abgerufenen Gelder aus den Corona-Notkrediten für den Mittelstandssicherungs- und Härtefallfond, könnten nur mit Zustimmung des Landtages

beziehungsweise des Finanzausschusses umgeschichtet werden. Sei diese zu erlangen nicht möglich, würden die Gelder zurückgeführt, also zur Tilgung der Schulden verwendet.

Grundsätzlich sei unter den Verkehrsministern der Bundesländer ein Konsens darüber herbeigeführt worden, dem ÖPNV seine Entgeltausfälle infolge der Coronapandemie vollständig zu kompensieren. Die Summe, die bundesweit mit 5 Milliarden € beziffert worden sei, sei jeweils zur Hälfte vom Bund und von den Ländern bereitzustellen. Die Landesregierung habe die entsprechenden Gelder aus Regionalisierungsmitteln entnommen, um nicht andere Landesmittel in Anspruch nehmen zu müssen. Für das Jahr 2021 habe der Bund die Entgeltausfälle dann als deutlich geringer eingeschätzt. Er habe zudem am 16. Juli 2021, als sich die Landesregierung bereits im Sommerurlaub befunden habe, eine Regelung erlassen, nach der Regionalisierungsmittel auch rückwirkend nicht länger für die Kompensation der Ausfallzahlungen verwendet werden dürfen. Es habe vor diesem Hintergrund fünf Wochen gedauert, die neue Situation zu analysieren. Dies sei der Hintergrund, warum die Abgeordneten in dieser Angelegenheit erst am 30. August 2021 adressiert worden seien. Das Land habe zu diesem Zeitpunkt über keinerlei Mittel aus dem Rettungsschirm mehr verfügt. Es gebe Verkehrsbetriebe im Land, denen binnen weniger Wochen die Zahlungsunfähigkeit drohe. Daher habe der Minister um eine schnelle Entscheidung gebeten.

Die Abg. Raudies weist darauf hin, dass die Umschichtung von Mitteln aus Coronahilfen regelmäßig auf Kritik vonseiten des Landesrechnungshofes stoße. Der Finanzausschuss habe um eine Vertagung der Entscheidung um eine Woche gebeten. Sie kritisiert, dass die Landesregierung die parlamentarischen Gremien in dieser Frage nicht frühzeitig eingebunden habe. Sie wiederholt die Forderung des Abg. Vogel, das Ministerium möge eine Liste der betroffenen Verkehrsunternehmen, die Mittel erhalten, inklusive Auszahlungsdatum beibringen. Zudem bittet sie darum, den Sprechzettel des Ministers zu Protokoll zu nehmen ([Umdruck 19/6350](#)).

Auf eine Frage der Abg. Metzner antwortet Frau Kapaun, Referentin im Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, dass Einnahmeausfälle, wie sie etwa aktuell in Lübeck durch eine Marketingaktion des dortigen Verkehrsbetriebes entstünden, aus dem ÖPNV-Rettungsschirm herausgerechnet würden. Dem Land entstünden dadurch also keine Kosten. - Minister Dr. Buchholz unterstreicht, dass sich das Land an dieser Kampagne zur Rückgewinnung von Fahrgästen beteilige, jedoch keine finanziellen Mittel für Aktionen, die Einnahmeausfälle zur Folge hätten, bereitstelle.

4. Gender-Budgeting-Kriterien bei der Umsetzung der EU-Förderprogramme in Schleswig-Holstein stärker berücksichtigen

Antrag der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW
[Drucksache 19/2965](#) (neu)

(überwiesen am 20. Mai 2021 an den **Finanzausschuss**, Europaausschuss und Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdruck 19/6068](#)

Der Wirtschaftsausschuss stimmt geschlossen dafür, sich dem Votum des federführenden Finanzministeriums anzuschließen.

5. Landesweit kostenloses freies WLAN

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/2854](#)

(überwiesen am 21. Mai 2021 an den **Umwelt- und Agrarausschuss**
und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke 19/5963](#), [19/5996](#), [19/6091](#), [19/6094](#), [19/6115](#),
[19/6134](#), [19/6141](#), [19/6146](#), [19/6148](#), [19/6152](#),
[19/6155](#), [19/6157](#), [19/6158](#), [19/6159](#), [19/6160](#),
[19/6161](#), [19/6165](#), [19/6182](#)

Der Ausschuss beschließt einstimmig, sich dem Votum des federführenden Umwelt- Agrar- und Digitalisierungsausschusses anzuschließen.

6. Schriftlicher Bericht zur Rohstoff- und Baumaterialversorgung in der Bauindustrie und dem Bauhandwerk und Auswirkungen auf die schleswig-holsteinische Wirtschaft

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/3177](#)

(überwiesen am 25. August 2021 zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

Wirtschaftsminister Dr. Buchholz sagt auf Anfrage der Abg. Waldinger-Thiering zu, im Frühjahr 2022 einen schriftlichen Bericht zur weiteren Entwicklung der Rohstoff- und Baumaterialversorgung im Land und deren Auswirkungen auf die hiesige Wirtschaft vorzulegen.

Der Wirtschaftsausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung ([Drucksache 19/3177](#)) zur Kenntnis.

7. **Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/3062](#)

(überwiesen am 27. August 2021 an den **Umwelt-, Agrar- und Digitalisierungsausschuss**, Innen- und Rechtsausschuss, Finanzausschuss, Bildungsausschuss, Sozialausschuss, Wirtschaftsausschuss und Europaausschuss zur abschließenden Beratung)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss beschließt einstimmig, sich dem Verfahren des federführenden Umwelt- Agrar- und Digitalisierungsausschusses anzuschließen.

8. Verschiedenes

Der Vorsitzende kündigt an, dass zur Ausschusssitzung am 17. November 2021 Frau Herbort, Konzernbevollmächtigte der Deutschen Bahn AG für Hamburg und Schleswig-Holstein, eingeladen worden sei, um dem Wirtschaftsausschuss über den aktuellen Stand zu den Arbeiten im Hinblick auf die Schleibrücke Lindaunis, zur Fehmarnbelt-Schienenanbindung sowie zu den Vorplanungen zur Fehrmanbelt-Querung zu berichten.

In der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 8. Dezember 2021 sei zudem ein Fachgespräch mit dem Präsidenten der Hochschule Flensburg, Herrn Dr. Jansen, zu Rolle der Hochschule bei der Regionalentwicklung geplant.

Der Vorsitzende bittet die Ausschussmitglieder darum, bis Ende Januar 2022 Vorschläge für einen Außentermin des Wirtschaftsausschusses zu unterbreiten. Derzeit sei ein Besuch des Ausschusses in Kopenhagen für Februar oder März 2022 zum Thema Fehmarnbelt-Querung geplant.

Der Vorsitzende kündigt an, dass die Frist zur Einsichtnahme im Rahmen des Aktenvorlageverfahrens zum Gutachten ODIS für den Abg. Vogel bis zum 15. Oktober 2021 verlängert werde.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

gez. Dr. Andreas Tietze
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder
Geschäfts- und Protokollführerin